

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung:

Über Diskrepanzen - Unterschiede zwischen dem was
ist, und dem, was darüber berichtet wird

Heinz Sahner

Der Hallesche Graureiher 2000-3

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Forschungsberichte des Instituts für Soziologie

Emil-Abderhalden-Strasse 7
D-06108 Halle (Saale)
Postanschrift: 06099 Halle (Saale)

Telefon: 0345 /5524251
Telefax: 0345 /5527150
e-mail: info@soziologie.uni-halle.de

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISSN 0945-7011

Wir haben die Ostfriesen und die Bayern, die Osis und die Wesis. Wir brauchen sie auch, um uns nämlich unserer eigenen Identität zu versichern. In Schleswig-Holstein habe ich z. B. folgenden Satz gehört: „Du, der ist katholisch“ – so wird jemand gekennzeichnet, dem nicht ganz zu trauen ist. So kann man richtig bei sich sein. Das gibt Wärme und Heimatgefühl.

Daß es unterschiedliche Kulturen waren und immer noch sind, daß Ostdeutsche und Westdeutsche in verschiedenen Welten leben, das zu erfahren habe ich regelmäßig Gelegenheit. Seit 1992 lebe ich in Ostdeutschland, bin Vollbürger der Stadt Halle und bin mittlerweile so weit enkulturiert, daß mir bei meinen Reisen nach Westdeutschland die Welt dort anfängt fremd zu werden. Mit ostdeutschen Problemen will man sich eigentlich nicht belasten. Man will seine Ruhe haben. Man zahlt. Kognitive Dissonanzen werden häufig durch stereotype Äußerungen über die Qualitäten ostdeutscher Bürger abgebaut. Daß die Bürger im Westen, wie die Bürger der DDR, Kinder ihrer Gesellschaft sind, je spezifischen Anreizen ausgesetzt waren und sind, und daß die Positiva und Negativa in Ost und West, weniger den Individuen als den Institutionen anzurechnen sind, das wird übersehen. Die Ignoranz, der ich im Westen begegne, provoziert trotzdem. Man lebt zwischen zwei Kulturen und bekommt einen ganz leichten Ahnung davon, was es heißt, „Migrant“ zu sein.

Auf der anderen Seite wundere ich mich in Ostdeutschland darüber, daß die seinerzeit ersehnten Veränderungen und die durch verschiedene freie Wahlen legitimierte Veränderungen in Ostdeutschland, zur Selbstverständlichkeit geworden sind und man vermehrt nur die Defizite sieht. Kann man sich denn nicht jeden Morgen darüber freuen, zwischen dem „Neuen Deutschland“ und der „Frankfurter“ wählen zu können und darüber, in die blauen oder roten Züge bzw. in den Golf einsteigen zu können, um unbehelligt in Hamburg oder München einzufahren? Es dominieren nicht die Freuden über das Erreichte, sondern die Klagen über Widrigkeiten, wie sie zu einem großen Teil aber allfällig sind. Sie sind nicht immer ein Spezifikum von Ostdeutschland. Nur hat ein Bürger aus Köln nicht die Möglichkeit, sich auf Kosten eines wie mit Naturgewalt über die ostdeutschen Bürger hereingebrochenen Systems entlasten zu können. Der „Kapitalismus“ bzw. die „Ellbogengesellschaft“ als Sündenbock. Der Euphorie folgte mehr als nur eine Ernüchterung.

Sicher, der Wiedervereinigung folgte kein aus sich selbst heraus geschaffenes Wirtschaftswunder. Und keiner läßt sich gern nachsagen, daß er aufgrund von Transfer-

leistungen auf Kosten anderer lebt. Hätten die ostdeutschen Bürger ihren neu gewonnenen Wohlstand sich selbst erarbeiten können, wie es den Westdeutschen möglich war, wären sie selbstbewußter und hätten eine neue Identität gewinnen können. Das Selbstverständnis in einer Industriegesellschaft wird immer noch über berufliche Tätigkeit gewonnen. In der DDR galt das in einem noch größeren Maß als in Westdeutschland. Und dieses Selbstverständnis wurde ihnen mit der Wende in einem großen Maße erst einmal genommen, auch durch die „Freisetzung“ von der Arbeit. Und dabei gilt es zu bedenken, daß die prozentual höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland (Ost: 16,5%, 1,3 Millionen; West: 7,4%, 2,42 Millionen; Juli 2000) die Misere nicht in ihrer ganzen Tiefe widerspiegelt. Die DDR hatte bei rund 16,6 Millionen Einwohnern 9,8 Millionen Einwohner im Arbeitsprozeß stehen. Gemessen an den Erwerbsfähigen ist das eine Erwerbsquote von ungefähr 90% (mit nur geringen Unterschieden zwischen den Geschlechtern!). Von diesen 9,8 Millionen waren im August 1993 nur noch etwa 6,2 Millionen erwerbstätig. Davon waren aber noch etwa 500.000 über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt bzw. mit Kurzarbeit belastet. Kurz, mit der Wende haben nicht nur etwa eine Million, sondern 3 bis 4 Millionen ihren sicheren Arbeitsplatz und damit ihre Identität verloren. Frauen waren und sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Zwar wurde über Vorruhestandsregelungen und über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen oder eben über Arbeitslosengeld materielle Not weitgehend abgewendet, aber fast jeder zweite von denen, die früher berufstätig waren, assoziiert die Wende mit Statusverlust. Das hat Konsequenzen!

Die Arbeitslosigkeit ist auch heute noch überproportional hoch und sie wird uns noch eine Weile begleiten, denn der „Aufholprozeß ist ins Stocken geraten“ (Pohl 2000). Die Wachstumsrate im Jahre 2000 liegt bei 2,5% und ist damit nicht höher als in Westdeutschland. Die Produktivität liegt bei 60% des westdeutschen Wertes. Und im Vergleich zum Westen ist die Subventionsintensität nach wie vor hoch und die Steuerkraft gering (34% der des Westens). Bei der Gestaltung der Lohnhöhe befindet man sich in einer Falle. Gleicht man sie an, entspricht sie nicht der Produktivität und gefährdet damit die Arbeitsplätze. Bleibt sie hinter der von Westdeutschland zurück, wird das nicht nur als ungerecht empfunden, sondern die qualifiziertesten Arbeitskräfte wandern auch ab.

Wenn auch nicht alle Blümenträume in Erfüllung gegangen sind, so wurde doch auch viel erreicht. Und es ist an der Zeit, an das Erreichte zu erinnern. Nicht nur die Wissenschaft lebt vom Vergleich, auch der Mensch. Wozu setzt der ostdeutsche Bürger sich in Relation? Was sind die relevanten Zeitpunkte bzw. die bedeutsamen Bezugsgruppen?

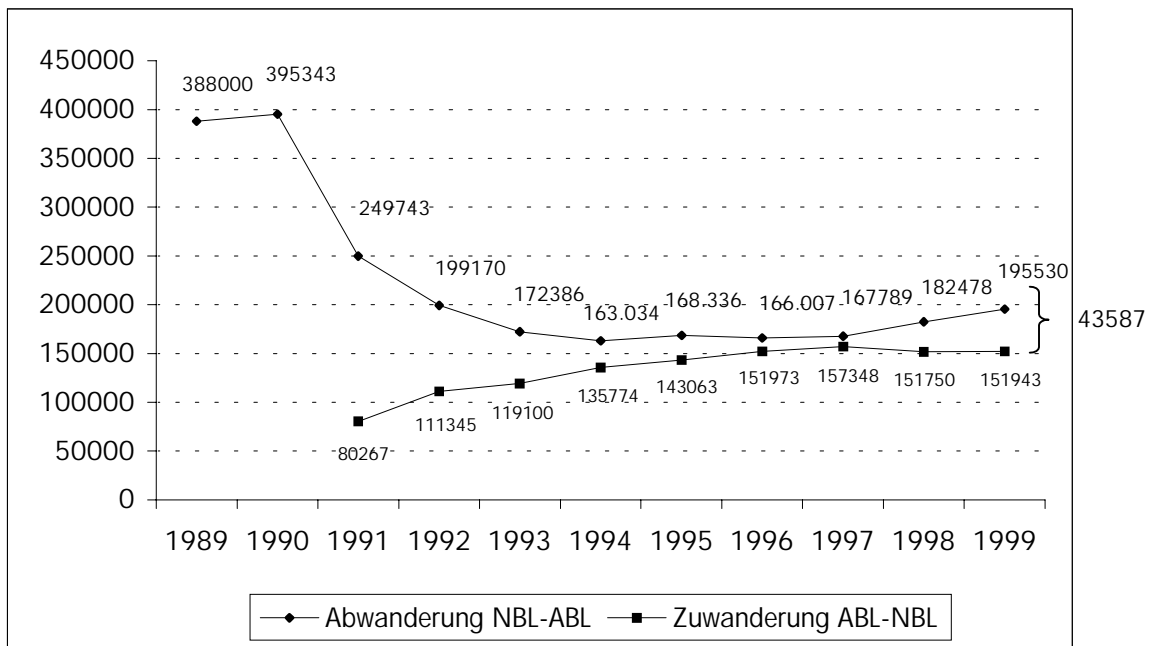
Indem im folgenden der Blick auf erfreuliche Entwicklungen holzschnittartig gerichtet wird (wobei manches „ja, aber“ auszuhalten ist), folge ich selbst einem allgemein – bei mir vielleicht besonders stark - ausgeprägtem Hang zur Harmonie. Das, was die Balance fördert, wird verstärkt, das was ihr entgegensteht, wird in seiner Bedeutung herabgesetzt. So reduziert man kognitive Dissonanz. Der Verletzungen, des Verlustes von Identität (man denke nur an die neue Erfahrung der Arbeitslosigkeit) oder der Herausforderungen, die die neuen Parameter des Handelns bedeuten, sollte man freilich immer eingedenk sein.

Hinterher ist man immer schlauer. Was hat man nicht alles falsch gemacht! Hätte man die Wiedervereinigung nicht langsamer und schrittweise vornehmen sollen, z. B. durch die Einrichtung eines Wirtschaftssondergebietes, flankiert mit reduzierten Löhnen? Und hätte das Prinzip „Entschädigung“ statt „Rückgabe“ nicht der besseren Reanimierung der Städte gedient?

Aber die Durchführung der einfachsten Gedankenexperimente oder die Berücksichtigung der Erfahrungen, die man mit anderen Strategien in anderen osteuropäischen Ländern heute macht (cf. z. B. die Ergebnisse der Wirtschaftsreform in Tschechien), führen schnell zu der Einsicht, daß man wenig Handlungsspielraum hatte. Denn anders als in Korea, in dem nun ein rigider Drei-Stufen-Plan der Wiedervereinigung unter immer noch strenger Abschottung der Landesteile diskutiert wird, gab es bei uns, nachdem einmal die Mauer gefallen war, kaum noch ein Halten: Kommt die DM bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.

Ist es unter diesem Gesichtspunkt, unter der Wahrung der Freiheitsrechte, nicht als ein Erfolg zu verbuchen, daß Ostdeutschland nicht durch Wanderung ausblutete und daß innerhalb kurzer Zeit, die Wanderungsbilanz (Abb. 1) nahezu ausgeglichen werden konnte?

Abb. 1: Entwicklung der Migration zwischen Ost- und Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, verschiedene Statistische Jahrbücher

Freilich, es war eine selektive Wanderung. Gerade die jungen und gut ausgebildeten Bürger verließen Ostdeutschland (heute fehlen schon bestimmte Fachkräfte) und eher ein Elitetransfer erfolgte von West nach Ost. Es kann schon irritierend für Ostdeutsche Bürger sein, daß die Mischung der Dialekte zunimmt, je höher man in den Hierarchien steigt. Das ist in München und Hamburg tendenziell auch so. Aber die Disproportionen sind im Osten größer und im Gegensatz zum Westen weitgehend ein Novum. Und daß die Migrationsschere sich seit 1997 wieder öffnet zeigt, daß keine Wachstumsbranche sich nachhaltig im Osten hat etablieren können. Zwar gibt es einige Renommierobjekte, in denen die im Osten immer noch unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität höher ist als im Westen (Autobau in Eisenach, Motorenbau in Mosel), aber Autobau ist keine ausgesprochene Zukunftsbranche. Und so zieht man wieder vermehrt in die Wachstumsregionen, z. B. nach Frankfurt/Main oder nach München. Aber auch das ist Normalität, wie so Vieles vorgestern noch Unmögliche und Ersehnte zur Normalität geworden ist. Die Optionen haben sich für die Bürger der DDR in einem beträchtlichen Umfang erweitert, so z. B. auf den Gebieten der Konsum-, der Meinungs-, Presse-, Rede- und Reisefreiheiten. Diese Möglichkeiten werden heute schon in einer solchen Weise genutzt, daß sie zu kulturellen Selbst-

verständlichkeiten geworden sind und deshalb auch nicht mehr problematisiert werden.

Doch kann nicht bruchlos alles auf der Habenseite verbucht werden. Der Institutionentransfer ist Janusköpfig. Ein Beispiel für die geglückte Wiedervereinigung ist zwar die funktionsfähige Verwaltungsautonomie der Gemeinden (GG Art. 28, Abs. 2), die innerhalb einer kurzen Zeitspanne in den ostdeutschen Kommunen, nicht zuletzt durch einen beträchtlichen Personaltransfer (zum großen Teil auf Leihbasis), realisiert worden ist, und die überhaupt erst die Voraussetzung für eine optimale lokal-spezifische Stadt- und Regionalentwicklung war. Diese Autonomie hatte und hat aber auch, vor allen Dingen als kontrollierende Zwischeninstanzen (z. B. Bezirksregierungen) noch fehlten, ihre Schattenseiten. Drei Beispiele:

Gewerbeflächen: Hier trieb die Verwaltungsautonomie die tollsten Blüten. Jeder Bürgermeister ein Industriekapitän. Unkoordiniert wurden hier Gewerbeflächen geschaffen, die jeder Bürgermeister zwar individuell zu füllen hoffte, die aber insgesamt - auch bei noch so positiver wirtschaftlicher Entwicklung - nie zu füllen waren.

Für den Saalkreis läßt sich die Situation (für den Sommer 1994) gut dokumentieren. Von den 57 z. T. sehr kleinen Gemeinden haben 26 genehmigte Gewerbeflächen in der Größenordnung von insgesamt 787ha (1ha = 10.000 qm; 787ha = 7.870.000 qm) ausgewiesen. Davon waren zu diesem Zeitpunkt 28% bebaut. Die Auslastung schwankt allerdings beträchtlich. Einzelne Gemeinden mit einer ausgewiesenen Gewerbefläche von 80ha oder gar 100ha konnten bis zum Sommer 1994 ihre Gewerbefläche lediglich bis zu 3% oder 4% auslasten (Sahner 1996: 472).

Lange wird man mit diesen immensen Infrastrukturmaßnahmen größtenteils unbebaute Äcker beleuchten können.

Einkaufszentren: Schon im Jahre 1995 entfiel auf je einen Einwohner in den neuen Ländern zweieinhalbmal soviel Verkaufsfläche auf Einkaufszentren wie in den alten Bundesländern. Seitdem sind diese weiter gewachsen. In den alten Bundesländern befinden sich Mitte der neunziger Jahre 25 bis 30 Prozent der Verkaufsfläche im Außenbereich der Städte. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 55%. Die Städte können nur etwa 5 bis 15 Prozent der Kaufkraft binden. Bedenkt man ferner die im Vergleich zum Westen geringere Kaufkraft und den Bevölkerungsverlust seit der

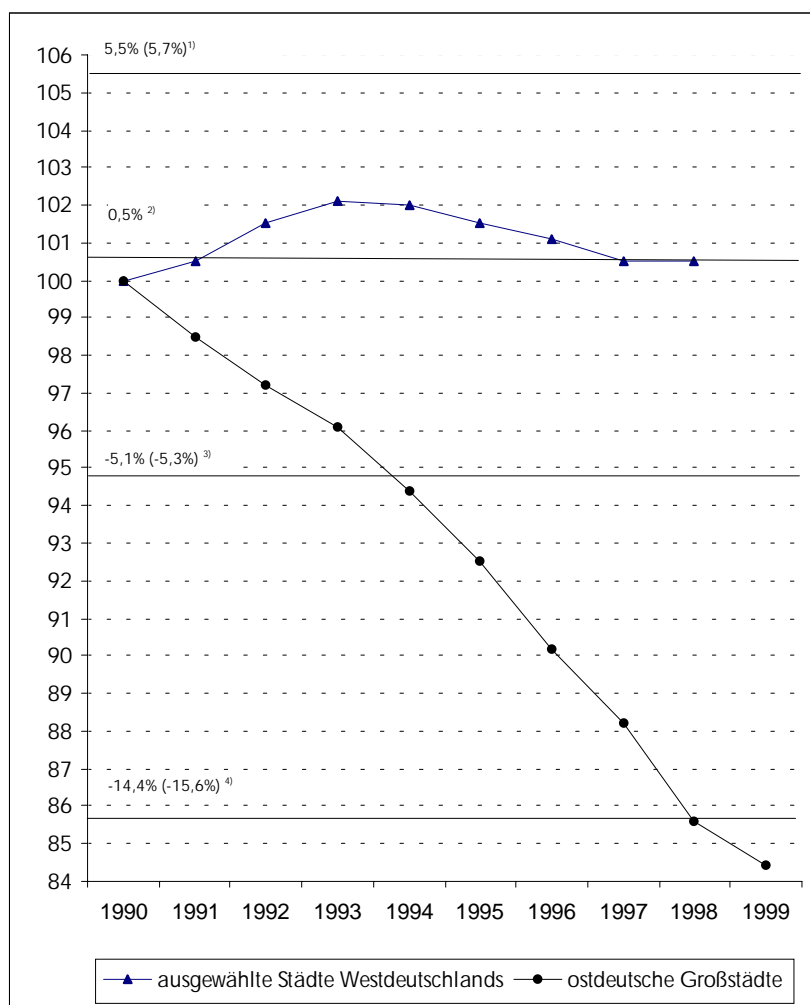
Wende, dann fragt man sich, wie unter diesen Bedingungen die Städte ihren traditionellen und auch heute von allen erwarteten Funktionen nachkommen können, nämlich geistige und wirtschaftliche Zentren zu sein - vor allem wenn man noch den anhaltenden Bevölkerungsverlust bedenkt. Denn bedingt durch das drastische Absacken der Geburtenquote unter die Sterbequote nach der Wende und durch die Migration (Ost-West-Wanderung und Stadt-Umland-Wanderung), haben im Durchschnitt die ostdeutschen Großstädte zwischen 1990 und 1999 fast 16% ihrer Bevölkerung verloren. Das sind z. B. für die Stadt Halle über 50.000 Einwohner. Wie soll man bei solchen Randbedingungen die Innenstädte mit Leben füllen? In anderen Städten sieht es nicht anders aus (Abb. 2).

Damit komme ich zum dritten und letzten Beispiel, der *Wohnsuburbanisierung*. Im Jahre 1998 war im Saalkreis die Genehmigung zum Bau von 10.916 WE erteilt. Geplant waren zudem 5331 Wohneinheiten. Veranschlagt man nur eine Belegung mit 4 Personen könnte der Saalkreis um 64.988 Einwohner wachsen und damit seine Einwohnerzahl seit der Wende mehr als verdoppeln. Damit verschwimmen die Unterschiede von Stadt und Land. Der DDR-typische strikte Übergang von der Stadt zum Land verschwindet.

Das ganze stellt einen ungeheuren Verzehr von Ressourcen dar. Zersiedelung ist das Ergebnis. Das ist offenbar ein Preis, den man auch für die Dezentralisierung, die Verwaltungsautonomie der Gemeinden, für die Vermehrung der Akteure am Markt (deren Interessen häufig konfliktieren) und für den Anstieg der Optionen kollektiver und individueller Akteure bezahlen muß.

Doch es gibt dafür auch Gegenwerte. Unter dem Strich sieht die Bilanz so schlecht nicht aus. Die „Wohnmisere“, nach Friedrich Engels notwendig mit dem kapitalistischen System verbunden, war in der DDR größer als in der Bundesrepublik. Nachdem aber nach der Wende vermehrt Wahlmöglichkeiten bestanden, weil die verfallenden Alt- und Neubauten zunehmend saniert wurden und für die Familien im Umland Einfamilienhäuser (Kauf oder Miete) angeboten wurden, mischten (und entmischten) sich die Bewohner der Städte neu – jeder nach seinen Bedürfnissen, seinen Prioritäten und – allerdings auch – nach seinem Einkommen. Nach unseren Bürgerumfragen in Halle waren im Jahre 1999 seit 1990 rund 52% der Bürger, die zu diesem Zeitpunkt noch in Halle wohnten, umgezogen! Das zeigt an, welch ein unge-

Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland 1990 - 1999 (%)



- 1) Bevölkerungsgewinn Westdeutschland 1998 (1999) zu 1990
- 2) Durchschnittlicher Bevölkerungsgewinn der ausgewählten westdeutschen Großstädte im Jahre 1998 bezogen auf 1990
- 3) Bevölkerungsverlust Ostdeutschland 1998 (1999) zu 1990
- 4) Durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ostdeutschen Großstädte im Jahre 1998 (1999) bezogen auf 1990

Bevölkerungsstand ausgewählte Städte Westdeutschlands 1998 bezogen auf 1990:

Aachen 102,2	Bochum 99,5	Braunschweig 95,8
Bremen 99,1	Hannover 102,1	Kassel 102,4
Mainz 100,4	Mannheim 100,2	München 97,5
Saarbrücken 97,2	Ulm 105,3	Wiesbaden 103,6

Bevölkerungsstand ostdeutsche Großstädte 1999 bezogen auf 1990:

Chemnitz 81,4	Cottbus 83,6	Dresden 90,5
Erfurt 84,5	Gera 86,8	Halle 83,5
Jena 91,1	Leipzig 84,4	Magdeburg 85,9
Potsdam 91,7	Rostock 82,8	Schwerin 82,3
Zwickau 83,7		

heurer Nachholbedarf in dieser Gesellschaft herrschte. Und selbst die Großwohnsiedlungen (vulgo: Platte) mit ihren „Komfortzellen“ (nach einer Bezeichnung von Brigitte Reimann in ihrem Roman „Franziska Linkerhand“), die in der DDR so beliebt waren, verlieren derart an Attraktivität (trotz umfassender Renovierungen und Wohnumfeldverbesserungen), daß dem zunehmenden Leerstand nur mit „Rückbau“ und „Abriß“ begegnet werden kann. Daß es sich hier bei dieser gewaltigen Umstrukturierung nicht – bei aller aufwendiger Sanierung - vorwiegend um Verdrängung von Mietern handeln kann, zeigt die Entwicklung der Wohnzufriedenheit. Waren 1993 nur 23% der Mieter mit ihrer Wohnung zufrieden oder sehr zufrieden, so waren es im Jahre 1999 58%. Ein fast unglaublicher Anstieg.

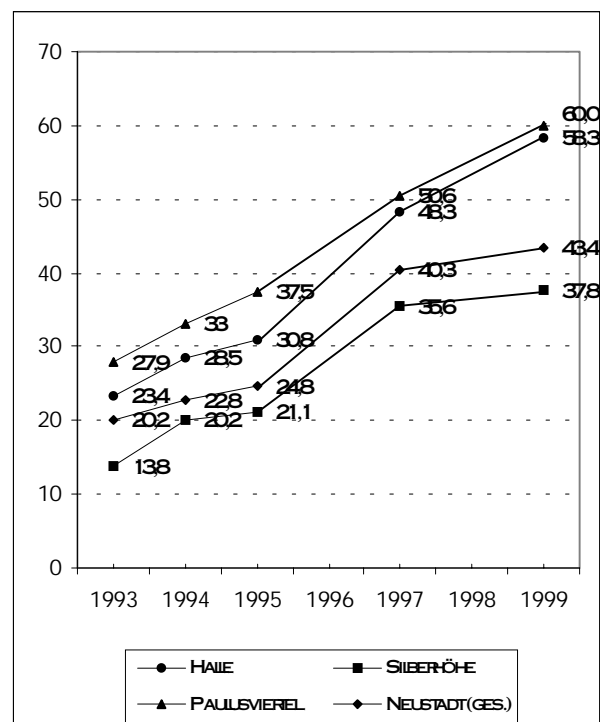
Nun könnte man derartige Befunde dadurch relativieren, daß man sagt, nun ja, die Unzufriedenen sind ja weggezogen. Nein, umgekehrt wird ein Schuh d’raus. Es sind ja überproportional die Bürger weggezogen, „die es sich leisten konnten“, die gute Marktchancen hatten, die jungen, die gut ausgebildeten Bürger, wanderten z. B. in den Westen oder diejenigen, die überdurchschnittlich verdienten, einen sicheren Arbeitsplatz hatten, zogen in das Stadtumland. Überproportional sind ja gerade diejenigen geblieben, die schlechte Marktchancen haben, z. B. die älteren Bürger, die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger.

Und in den weniger attraktiven Stadtteilen, die eine besonders negative Wanderungsbilanz haben, hat sich der Anteil derjenigen Bürger, die mit ihrer Wohnung zufrieden sind und deren Wohnzufriedenheit schon 1993 unterdurchschnittlich war, verdoppelt, ja verdreifacht (Abb. 3).

Diese ganze Entwicklung ist natürlich auch ein Indikator dafür, daß es „jedem“ besser geht.

Und wie ist diese Aussage vereinbar mit einer anderen, nämlich der, daß in Ostdeutschland die Armut wächst (z.B. Junge Welt v.1./2. November 1997)?

Abb. 3: Zufriedenheit mit der Wohnung (Mieter) in ausgewählten Stadtteilen und Halle insgesamt



Sprechen die Zahlen von denen hier berichtet wird nicht für sich?: „Sei 1990 in der DDR nur jeder Dreiunddreißigste von Armut betroffen gewesen, sei es in diesem Jahr jeder Zwölfte“ (Manfred Stolpe nach einer Presseerklärung der Zeitschrift „Junge Welt“ vom 1. 11. 1997: „Im Osten wächst die Armut ‚Sozialreport 1997‘ vorgestellt: zunehmende Hoffnungslosigkeit“). Auch Winkler spricht von einem "bisher nicht bekannten Betroffenheitsspektrum von Armut, das von 2,8% (1990) auf 8,4% (1997) gestiegen" (Winkler 1999:142) sei.

Wie sind solche Aussagen vereinbar, daß es jedem besser geht und die Armut zunimmt? Ganz einfach! Hier wird auf den relativen Armutsbegriff rekurriert.

Danach ist man arm, wenn man unter 50% des Durchschnittseinkommens erhält. In Elendszonen der Erde, in der alle „nichts“ haben oder in einer Gesellschaft in der alle über das knapp oberhalb des Existenzminimum liegende Durchschnittseinkommen verfügen, gibt es die so definierte Armut nicht, jedoch in einer reichen Gesellschaft mit einer ungleichen Einkommensverteilung. Denn dieser Armutsbegriff sagt nichts über das Niveau aus. Da aber nach der Wende die Un-

gleichverteilung des Einkommens (auch des Haushaltseinkommens) zugenommen hat, wächst notwendig der Anteil derer, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens verdienen. Gleichzeitig hat sich aber nach allen seriösen Veröffentlichungen das Einkommensniveau, auch das preisbereinigte Netto-Haushaltseinkommen, kräftig erhöht. So nahm in Ostdeutschland das

Abb. 4: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 1993

Quelle: Bürgerumfrage Halle

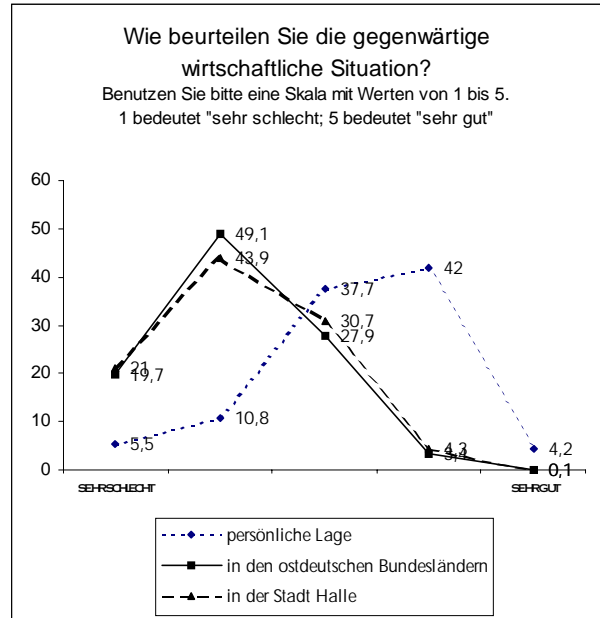
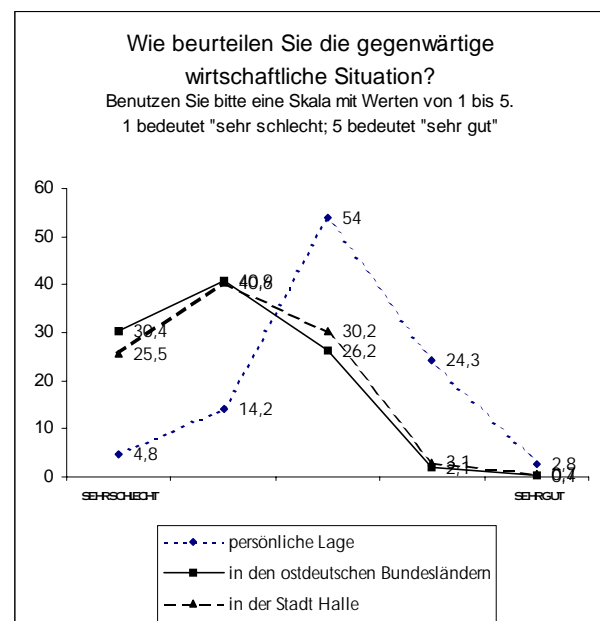


Abb. 5: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 1999

Quelle: Bürgerumfrage Halle



bedarfsgewichtete Äquivalenzeinkommen im Zeitraum von 1991 bis 1997 nominal um mehr als 60% zu (DIW-Wochenbericht 19/00). Und nach einem Beitrag von P. Krause, der im Wirtschaftsbulletin der Hans-Böckler-Stiftung (Ausgabe 4/1998) erschienen ist, kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Und legt man das „westdeutsche Durchschnittseinkommen als Referenzeinkommen zur Ableitung der Armutsschwelle zugrunde, so hat sich die Armutsquote (in dem oben definierten Sinne einer 50%-Schwelle, H. S.) aufgrund der starken Einkommenssteigerung ausgehend von

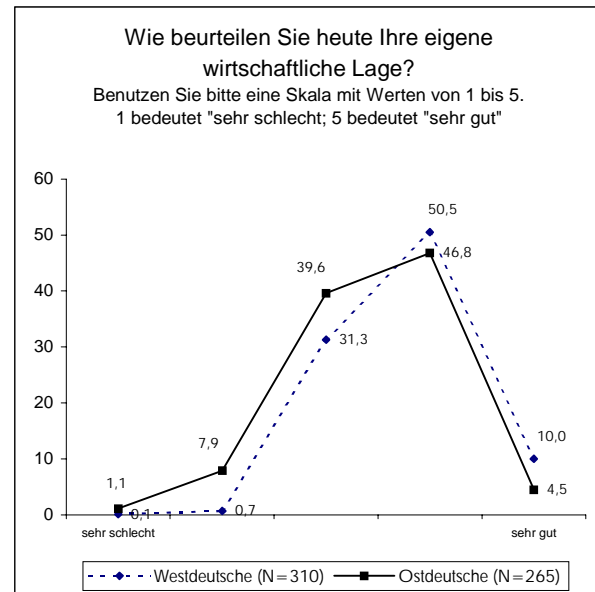
einem hohen Niveau deutlich verringert“: Waren im Jahre 1990 von den ostdeutschen Bürgern 26,7% arm, so waren es im Jahre 1995 nur noch 13,2% (Krause 1998: 40f). Das sind auch Fakten. Erstaunlich bleibt nur, daß der Tenor der oben skizzierten Armutsdiskussion in den Medien unwidersprochen bleibt.

Der Wiedervereinigung ist zwar kein zweites Wirtschaftswunder, aber so etwas wie ein Wohlstands- und Einkommenswunder gefolgt.

Das nehmen die Bürger auch so wahr! Überhaupt erreicht die subjektive Zufriedenheit auf verschiedenen Dimensionen Werte, die überraschen und dem Vorurteil vom "Jammer-Ossi" hohnsprechen. So beurteilen nach Umfragen zwar 70% der Befragten die wirtschaftliche Situation in den ostdeutschen Bundesländern als schlecht und die der Heimatstadt zu 64%, die **eigene** wirtschaftliche Situation kennzeichnen aber nur 16% als schlecht (Mnich/Schwiete 1996; Petermann 2000). Hier dokumentiert sich ein unter den empirischen Sozialforschern bekannter Sachverhalt. Für den weiteren Kontext übernimmt man die in der veröffentlichten Meinung diffundierende Einschätzung und stellt aber für sich fest, daß es einem relativ gut geht (Abbildung 4 und 5).

Daß dabei die positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Jahre 1993 von 27% (sehr gut bzw. gut) auf 46% im Jahre 1999 angestiegen ist, ist das

Abb. 6: Repräsentative Umfrage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 1999 (Kernstädte)



eigentlich erstaunliche Faktum und kennzeichnet die im Umlauf befindlichen Aussagen als Vorurteile. Und daß die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen auch in diesem Punkt so groß nicht sind, bekräftigt diese Einschätzung nur (Abbildung 6). Das ist kein Wunder. Aufgrund der veränderten Einkommenssituation hat die Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern „Westniveau“, einschließlich der KFZ-Dichte. Und welcher Konstellationen bedurfte es vor der Wende um an ein Telefon zu kommen? Heute hat die Versorgungsdichte nicht nur westdeutsches Niveau erreicht, sondern das gesamte Telefon-Kommunikationssystem ist auch moderner als im Westen.

Die Erinnerung daran, wie schwierig es war, zu telefonieren, ist verblaßt (Abb. 7). Nicht viel anders ist es mit der Luftverschmutzung? Wie andernorts die Wasserstandsmeldungen bei Hochwassergefahr wurde in der Tagespresse regelmäßig vor der Smoggefahr gewarnt und die Belastung mit Schwefeldioxid angezeigt (Abb. 8). Und wie mir erst vor kurzem ein Kollege versicherte, konnte man, wenn man einen Aktenordner in Halle aus dem Regal zog und aufschlug, noch feststellen, ob die Unterlagen aus Bitterfeld oder Merseburg kamen. Das ist durchaus glaubwürdig. Die entsprechende Identifikation von Unterlagen, die aus einem Raum kommen, in dem z. B. geraucht wird, ist uns ja geläufig.

Die Umweltsituation hat sich grundlegend verbessert. Der für Ostdeutschland lange typische Braunkohlengeruch in der Heizperiode ist verschwunden. Die Schwefeldioxid-belastung früher hoch belasteter Regionen (Halle), sank in Halle von 115 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahre 1991 auf etwa 35 im Jahre 1996 und hat sich damit exakt den Werten vergleichbarer westdeutscher Regionen (Rhein-Ruhr-Gebiet) angepaßt (Stat. Jb. der Stadt Halle 1996: 167). Kein Wunder, die Heizungen wurden vorwiegend auf Erdgas umgestellt. In den Flüssen kann wieder geangelt und das Trinkwasser, vor dessen Genuß die Zeitungen häufig warnen mußten (z. B. „Bild“ Halle, 26.10.1992), kann wieder getrunken werden. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Zusammenbruchs der industriellen, speziell der chemischen, Produktion, denn seit 1993 expandiert die Produktion der chemischen Industrie wieder, während der Ausstoß von Luftschadstoffen weiter zurückgeht (Abb. 9).

Abb. 7:

2. 4. 93 Mitteldeutsche Zeitung

MIT DEN AUGEN EINER AMERIKANERIN

Verliebte bibbern für heißen Flirt

Warterei an der Telefonzelle treibt mich zum Wahnsinn

Die Augen der Frau weiteten sich hoffnungsfroh. „Sind Sie von der Telekom?“ fragte sie mich mit dem Unterton der Verzweiflung, als ich an eine Gruppe von Menschen nahe unserer Wohnung in der Silberhöhe herantrat, die mißmutig darauf wartete, einen der beiden Münzfernsprecher an der Ecke zu benutzen. Traurig schüttelte ich meinen Kopf und wünschte mir, eine Fernmeldetechnikerin zu sein, denn es sah nach einer langen Wartezeit aus. Also beschloß ich umzukehren und es später noch einmal zu versuchen - wie so oft zuvor.

Klagen über die Telefon-Knappheit sind MZ-Lesern sicher nicht neu. Aber nach zwei Monaten in dieser Stadt beginne ich die Frustration der Menschen hier am eigenen Leib zu spüren. Kurzum: Die Warterei an der Zelle treibt mich zum Wahnsinn. Ich bin es gewohnt, das Telefon als billiges und zeitsparendes Instrument zu nutzen, mit dem ich die wichtigen Alltagsdinge erledigen kann: Einkaufen, Banküberweisungen tätigen, Kinokarten bestellen, Verabredungen treffen. Zuhause greife ich fast unbewußt zum Telefon, hier in Halle aber ist telefonieren ein regelrechtes Unterfangen.

Sicher hat auch die nur dünne Verbreitung von Telefonanschlüssen dazu geführt, daß die Menschen hier geduldiger erscheinen. Die vermehrten zwischenmenschlichen Kontakte, die bei uns in den USA häufig durch lange Telefonate ersetzt werden, haben hier einen letzten Rest von Menschlichkeit bewahrt. Und ein telefonfreies Heim bietet ja in der Tat Schutz vor Belästigungen durch aufdringliche Verkäufer, vor Nachfragen durch ungeliebte Bekannte.

Als ich zu einem zweiten Versuch zur Telefonzelle zurückkehrte, sah ich mich mit einer weiteren Variante der Geduldssprobe ausgesetzt, die in einer mit Telefonen unterversorgten Gesellschaft zuweilen auftritt. Ein Teenager stand in der Zel-

le, und sie nutzte ihre Chance für einen langen Telefon-Flirt. Immer mehr Wartende kamen hinzu, überblickten die Situation und gingen dann weiter. „Um Gottes willen,“ brummte eine ältere Dame in der Warteschlange. Schließlich riß ihr der Geduldsfaden, sie öffnete die Zellentür und schnauzte das Mädchen an: „In so einer Situation sollte man sich auf das Wesentlichste konzentrieren.“

ZUR PERSON

Elizabeth Moore



Elizabeth Haberstroh-Moore lebt an der Westküste Amerikas und arbeitet bei der Regionalzeitung „The Morning News Tribune“ in Tacoma, Bundesstaat Washington. Für fünf Monate ist sie als Stipendiatin der Bosch-Stiftung Gast der Mitteldeutschen Zeitung in Halle.

Recht hatte sie zwar auch, aber dennoch hatte die Frau das Wesentliche total verkannt. Für Teenager ist ein Plausch am Telefon genau das Wesentliche, auf das man gerne eine Stunde lang in der Kälte wartet. Da, wo ich herkomme, lassen Eltern ihren Kindern eine zweite Leitung legen, damit ihr eigener Anschluß möglichst frei bleibt.

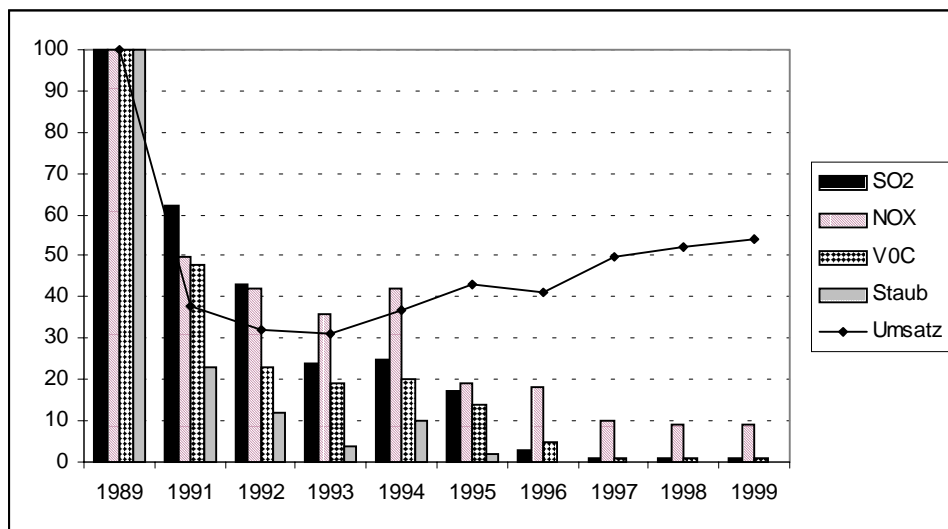
Davon können Tausende mit Telefonen unversorgte Haushalte in der Silberhöhe nur träumen. Als ich vor der Zelle wartend die Minuten zählte, dachte ich nur: Wenn die Verantwortlichen der Telekom auch einmal in der Kälte warten müßten, bis ein verliebter Backfisch zu Ende telefoniert hat, würde sich das Tempo der Neuanschlüsse sicherlich steigern, oder?

Es ist eben viel erblüht in ostdeutschen Regionen. Man nehme nur die Städte, auf die folgender ostdeutscher Slogan gemünzt war: Ruinen schaffen ohne Waffen. Sie sind trotz schwieriger struktureller Bedingungen dem Tod, wie es ein ostdeutscher Wirtschaftsdezernent formulierte, von der Schippe gesprungen. Denn sie präsentierten sich nach fast vierzig Jahren Sozialismus in einem so miserablen Zustand, daß ihre Situation von manchem Stadtplaner, Architekten oder Sozialforscher, die dieses Politikfeld lange wohlwollend und fördernd begleitet hatten, als eine Ursache des Zusammenbruchs der DDR gedeutet wurden (cf. hierzu Sahner 1999). Gerade für die Städte gilt: Auferstanden aus Ruinen ...!

Abb. 8: Luftverunreinigung
Quelle: Bild-Halle, v. 9.4.1992

Die SO ₂ -Werte	
Die Werte von Mittwoch pro Kubikmeter Luft	
Bezirk Halle	
Wolfen	0.15
Weißenfels	0.30
Schkopau	0.33
Merseburg	0.24
Hettstedt	0.90
Bitterfeld	0.10
Stadt Halle	
Burgstraße	0.23
Voßstraße	0.13
Südstraße	0.32
Silberhöhe	0.20
Neustadt	0.54
Smog-Vorwarnstufe	0.60

Abb. 9: Ausstoß von Luftschadstoffen - Chemische Industrie Ostdeutschlands (1989 = 100; Umsatzentwicklung zum Vergleich)
Quelle: Verband der chemischen Industrie e.V. LV Nordost (W. Blümel)



Das alles – die Zunahme der Optionen, die Verbesserung der Wohnsituation und des Wohlstandsniveaus sowie der Umweltbedingungen - hat und hatte konkrete Auswirkungen auf die Bürger Ostdeutschlands, und das in einem umfassenden Sinne. Nicht nur, daß Atemwegserkrankungen zurückgegangen sind und der Gesundheitsstand sich allgemein verbesserte, sondern auch die Selbstmordquote ging zurück. Die

DDR zählte zu den Gesellschaften mit hoher Selbstmordrate. Sowohl die der Männer als auch die der Frauen lagen in der DDR deutlich über denen der Bundesrepublik. Seit der Wende nähern sie sich denen der Westdeutschen an. Waren in Ostdeutschland (Westdeutschland) unter den Männern von 100.000 Einwohnern 1990 noch 36 (22) Suizide zu beklagen, waren es 1994 nur noch 28 (22). Ähnlich sieht die Entwicklung bei den Frauen aus: 1990: 15 (9); 1994: 10 (8); Quelle: IWH 1995. Daß die Suizidraten sich so deutlich reduziert haben, geht vermutlich zu einem großen Teil auf die Veränderung der Lebensbedingungen gerade der älteren Bürger zurück, die auf den spezifischen „Märkten“ der DDR nichts mehr anzubieten hatten (Arbeitskraft, Kinder), sie durften sogar in den Westen fahren und dort bleiben. Es gab in den Städten der DDR auch eine Alterssegregation (Sahner 1995: 133). Die jungen Bürger zogen bevorzugt in die begehrten Großwohnsiedlungen, die Alten blieben mit einer auch für DDR-Verhältnisse kärglichen Rente in den verfallenden Altbauten zurück. Wer einmal den Euphemismus „Feierabendheim“ kennengelernt hat, konnte sie nur beglückwünschen. Gerade die älteren Bürger sind die Gewinner der Wiedervereinigung. Redet jemand darüber?

Trotz aller Erfolge gibt es ein latentes Unmutspotential, das sich nicht zuletzt in dem Erfolg der PDS dokumentiert. Kaum einer wünscht sich die DDR zurück. Aber was wünschen sie sich denn, die Unzufriedenen? Was ist die Ursache der Unzufriedenheit? Gauck und Höppner sprechen von dem Gefühl der Heimatlosigkeit. Gauck erzählt von einer couragierten intelligenten Frau, die er als Gemeindemitglied und extrem oppositionell eingestellte DDR-Kritikerin kennengelernt hatte und die er Jahre nach der Wende als PDS-Wählerin wieder getroffen hatte. Politische Gründe hätte sie nicht gehabt, PDS zu wählen, aber sie habe sich heimatlos gefühlt (Gauck 2000). Auch Höppner, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt spricht von Heimatlosigkeit, und er liefert auch gleich die Erklärung für dieses Defizit, weil ihnen nämlich die „eigene Geschichte ausradiert wurde“ (Höppner 2000). Hier liegt tatsächlich ein Problem, daß aber meines Erachtens unangemessen erklärt wird. Denn den Ostdeutschen wurde nicht ihre Geschichte ausradiert. Von wem eigentlich? Vielmehr haben die Ostdeutschen die Veränderung mehrheitlich gewollt und dies auch in mehreren geheimen, demokratischen (und nach allem was man weiß, nicht gefälschten) Wahlen bekräftigt. Das mögen verschiedene ehemalige Mitglieder der DDR-Opposition, die eine andere DDR wollten und nach wie vor der Hoffnung auf eine Gesellschaft „wie wir sie alle einmal erträumten“ (Fühmann) anhängen und sie mit Hilfe der

PDS vielleicht auch noch zu erreichen suchen, anders sehen – das ist in der Demokratie durchaus legitim. Aber es bleibt eine unangemessene Erklärung. Dem DDR-Bürger wurde nichts „ausradiert“ (welche Assoziationen weckt das?!). Freilich, sie konnten in Gänze nicht das überschauen, was in's Haus stand. Keiner konnte das. Aber sie haben das bekommen, was sie mehrheitlich gewählt haben. Dabei mußten sie die Katze nicht im Sack kaufen. Die Informationsmöglichkeiten durch das Westfernsehen über das Gesicht des „Kapitalismus“ war in der DDR höher als in jedem anderen Ostblockstaat. Die Inhalte bestanden ja nicht nur aus Werbung, sondern auch aus einer sehr kritischen Berichterstattung über die westdeutschen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Wenn diese Erklärung nicht zieht, welche dann? Warum also die latente Unzufriedenheit mit dem Gefühl der „Heimatlosigkeit“? Ich nenne zwei Faktoren, die geeignet sind, das Phänomen zumindest partiell plausibel zu machen. Der Sachverhalt ist höchst komplex und auch durch zwei Faktoren nur sehr unvollkommen zu erklären. Da ist zum einen die dramatische Änderung der normativen Randbedingungen individuellen Handelns, die tatsächlich geeignet war, eine „neue Unübersichtlichkeit“, ja der Anomie, zu erzeugen. Und da ist zweitens das Gefühl der relativen Deprivation, das Gefühl, im Vergleich zum westdeutschen Bürger, zu kurz gekommen zu sein. Die PDS kann hier einmal als Anwalt berechtigter Interessen auftreten. Sie kann aber auch als ein Hort der guten Seiten der DDR empfunden werden, der Identität und ein Gefühl von Heimat vermittelt.

Unstrittig ist, daß die Ostdeutschen ihr Koordinatensystem sozialen Handelns kurzfristig verloren haben; es dauert, sich mit dem neuen vertraut zu machen. Es tut auch weh. Die Westdeutschen mögen nur daran denken, welcher Verrenkungen es bedarf, die Ladenschlußzeiten zu ändern. Die immaterielle Kultur diffundiert nun einmal langsamer als die materielle. Eine neue Identität läßt sich nicht im Handumdrehen stiften, zumindest nicht so schnell, wie man z. B. vom Trabi auf den Golf umsteigen kann. Sich von einer Zentralverwaltungswirtschaft auf eine Wettbewerbsgesellschaft umzustellen ist schwieriger. Sie mit dem Terminus „Ellbogengesellschaft“ zu diskreditieren, ist nicht angemessen, denn auch in der „Ellbogengesellschaft“ wird der „Böse“ bestraft (Axelrod 1997), aber verständlich. So zu verfahren, verschafft Erleichterung. Dieser Mechanismus stellt eine Lebenshilfe dar.

Man kann die Kontrastsituation typischer ost- und westdeutscher Handlungssituationen vielleicht ganz gut anhand von Parsons' Handlungsalternativen (Pattern Variables) erläutern (Parsons 1951, 1960).

Im Westen sind die außerfamilialen Beziehungen, z. B. die Handlungsanforderungen im Betrieb, eher universalistisch, affektiv neutral, eher auf einzelne Aspekte des Rollenpartners zugeschnitten, es interessiert lediglich sein Fachwissen. Die Rollenzuteilung nach Leistung spielt eine große Rolle, Selbstorientierung ist erlaubt oder sogar erforderlich. Dagegen schau man sich an, welche Rolle der Betrieb im Leben des ostdeutschen Bürgers spielte! Er war fast ein funktionales Äquivalent zur Familie. "Wir waren ein so schönes Kollektiv" sagt jemand, der sich für den Westen entschieden hat. Die Beziehungsmuster ähnelten nicht nur denen, die man im Westen als für die Familie typisch herausgestellt hat, und die zu den im Beruf geltenden Handlungsanforderungen in einem Spannungsverhältnis stehen (zumindest in westlichen Industriegesellschaften gilt das), sondern die Betriebsangehörigen wurden "auf Arbeit" auch rundum versorgt, das System war also weniger ausdifferenziert. Die Betriebsleistungen bezogen sich auf die Kultur, auf Kindergärten, ärztliche Versorgung und auf viele andere Leistungen. Überhaupt, kollektive Orientierungen dominierten. Manches mutete vorindustriell an. Als Medium für wirtschaftliche Austauschbeziehungen bediente man sich nicht nur des Geldes. Es gab Sektoren, da dominierte der Naturaltausch. Allgemeiner Bedarf allein reichte zur Produktion selbst bescheidener Produkte nicht aus. Man lese nur einmal in Hermann Kants "Abspann" nach, welcher Kombination von Merkmalen des Familismus es bedurfte, um in der DDR die Produktion eines Sabberlätzchens aus Plaste zu initiieren (Kant 1994: 273f). In der Bildung von privaten Versorgungsnetzwerken und Beschaffungsgemeinschaften war man virtuos.

Netzwerke, Kollektivorientierung - sollten die Ostdeutschen im Sinne fortschrittlicher westlicher Unternehmensphilosophien heute "moderner" als die Westdeutschen gewesen sein? Aber andererseits ist das DDR-System an diesem „Familismus“ auch zugrunde gegangen. Natürlich waren die DDR-Bürger "nicht faul" (Höppner). Der Soziologe ist in diesem Fall in einer glücklichen Situation, er wird schwerlich den Individuen die Schuld an den Defiziten der DDR-Gesellschaft geben. Es lag wirklich „am System“. Das Institutionensystem war so ausgelegt, daß es die falschen Anreize setzte. Und natürlich wirkte das westliche „Anreizsystem“ kälter, vor allem war und ist

es anders. Da kann man sich leicht „heimatlos“ fühlen. Insofern vermittelt die PDS ein Stück Identität. Und insofern hat diese Partei eine wichtige Funktion, sozusagen eine Brückenfunktion. Sie ist ein funktionales Äquivalent zu den altershomogenen Gruppen (Peers) nach Eisenstadt (1956). Sie begleiten bekanntlich häufig die Jugendlichen bei ihrem schwierigen Abnabelungsprozeß von der Familie und bereiten doch (i. d. R.) die Integration in das Berufsleben vor.

Den zweiten Faktor habe ich mit dem Konzept der relativen Deprivation umschrieben. Auch der Bürger lebt vom Vergleich. Es geht zwar „jedem“ besser, aber doch nicht so gut wie den Bürgern Westdeutschlands. Und die wehren sich gegen ein weitergehendes Teilen. Sie verweisen auf die schon gezahlten und die noch zu erwartenden Transfermilliarden. Der Bürger Ostdeutschlands verweist eher darauf, daß er immer noch unter dem verlorenen Krieg leidet und er auch unter den obwaltenden wirtschaftlichen Umständen auch als ganz junger Mensch im Durchschnitt nicht die Chance hat, auf ein im Westen übliches Vermögensniveau zu kommen. Man denke allein an die im Westen erworbenen Vermögen, die nun vererbt werden. Auf der Hochzeit meiner jüngsten Tochter habe ich mich jovial-altväterlich gegenüber einem Verehrer einer meiner anderen Töchter – beide schon langjährig Studierende – aufgeworfen und gefragt, „nun junger Freund, wovon gedenken Sie denn meine Tochter zu ernähren?“ Die Antwort war kurz und kennzeichnend: „Ich zähle zur Erbgeneration.“ Welcher Jüngling aus den neuen Bundesländern hätte eine solche Antwort geben können? Viele der älteren Bürger werden aber noch nicht einmal zu einem vergleichbar hohen Einkommen kommen, erst recht nicht zu einem annähernd hohen Sparguthaben, geschweige denn zu ähnlichen Vermögen (Immobilien). Ist das gerecht? Nur weil man nach dem Krieg zufälligerweise ein paar Kilometer zu weit östlich wohnte?

Der Prozeß der Wiedervereinigung bleibt notwendig eine lange Geschichte. Die Einsicht in diesen Sachverhalt bringt aber nur partielle Erleichterung. Eine größere schon der Hinweis darauf, wozu es nicht gekommen ist. Ob politisches Handeln angemessen ist, muß auch vor dem Hintergrund möglicher Alternativen eingeschätzt werden. So hat die Wende nicht zu den katastrophalen Verhältnissen geführt, wie wir sie in Osteuropa teilweise auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet beobachten können. Und so ist Ostdeutschland durch die frühe (für manche zu frühe) Wirtschaftsunion nicht durch Migration ausgeblutet, und die Westdeutschen zahlen durch

die „Besteigung der Eigernordwand im Winter“ (Watrin) ohne Aufstand die immensen Transfersummen, obwohl sie eine Wohlstandseinbuße bedeuten und z. B. eine offensive Arbeitsmarktpolitik erschweren. Damit sind wir jedoch schon bei den Rückwirkungen der Wiedervereinigung - das aber ist eine andere Geschichte.

Literaturverzeichnis

- Axelrod, Robert 1997: Die Evolution der Kooperation. Oldenbourg
- Eisenstadt, S. N. 1956: From Generation to Generation. London (deutsch.: München 1966)
- Gauck, Joachim 2000: „Charaktermauer“ zwischen Ost und West? FOCUS MUL 2/2000. Lübeck
- Höppner, Reinhard 2000: Zukunft gibt es nur gemeinsam. Ein Solidaritätsbeitrag zur Deutschen Einheit. München
- IWH 1995, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Wirtschaftliche und soziale Lebensverhältnisse in Ostdeutschland. Sonderheft 2/1995. Halle
- Kant, Hermann 1994: Abspann. Erinnerung an meine Gegenwart. Berlin
- Krause, Peter 1998: Einkommensverteilung, Armut und Sozialhilfe. Wirtschaftsbulletin. Hans Böckler Stiftung. Ausgabe 4/1998, S.36-42
- Mnich, Eva/Schwiete, Reinhard 1996: Vergleichender Tabellenband der Kommunalen Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994 und 1995 sowie im Saalkreis 1995. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 96-1. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Parsons, Talcott/Shils Edward A. and others (eds.) 1951: Toward A General Theory of Action. Cambridge, Harvard University Press
- Parsons, Talcott 1960: Pattern Variables Revisited: A Response to Professor Dubin's Stimulus. American Sociological Review 25, S.467-483
- Petermann, Sören 2000: Bürgerumfrage Halle 1999. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 2000-1. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Pohl, Rüdiger 2000: Die unvollendete Transformation. Ostdeutschlands Wirtschaft zehn Jahre nach Einführung der D-Mark. Wirtschaft im Wandel, 6. Jg., 8/2000. Halle
- Sahner, Heinz 1995: Leben in Halle. Ergebnisse einer Bürgerumfrage. In: Heinz-Hermann Krüger/Martin Kühnel/Sven Thomas (Hrsg.), Transformationsprobleme in Ostdeutschland. Arbeit, Politik, Sozialpolitik. Opladen, S.127-149
- Sahner, Heinz 1995: Aufhebung der Bipolarität – Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Einige einleitende Bemerkungen zum Stand der Transformation. In: Everhard Holtmann/Heinz Sahner (Hrsg.), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten – Rückwirkungen im Westen. Opladen, S.10-20
- Sahner, Heinz 1996: Städte im Umbruch. In: Wendelin Strubelt u. a. , Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen, S.447-480
- Sahner, Heinz 1999: Zur Entwicklung ostdeutscher Städte nach der Wende: nicht nur "dem Tod von der Schippe gesprungen". Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/99, 29. Januar 1999, S. 26 - 37

Winkler, Gunnar 1999: Leben in den neuen Bundesländern. Ergebnisse der empirischen Untersuchung "Leben 1997", In: Manfred Schmitt/Leo Montada (Hrsg.), Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen, S. 133 - 148